

## Deutschland muss sich glaubhaft für den Frieden einsetzen Forderungen zu den Koalitionsverhandlungen von Union und SPD

Europa und die Welt brauchen eine starke und handlungsfähige Bundesregierung: Das haben die vergangenen Wochen gezeigt, als viele ausländische Regierungsvertreterinnen und -vertreter an die deutschen Parteien appelliert haben, sich der Regierungsverantwortung zu stellen.

Zu Beginn der Koalitionsverhandlungen steht die Glaubwürdigkeit der Großen Koalition infrage: Die letzte Bundesregierung hatte versprochen, die Ausfuhr von Kriegswaffen zu reduzieren. Stattdessen hat sie so viele Rüstungsexporte genehmigt wie keine Regierung zuvor.

Zugleich rücken türkische Soldaten im Norden Syriens mit deutschen Panzern gegen die kurdische YPG vor, die wiederum vom Bündnispartner USA aufgerüstet wurden. Die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung ist mitverantwortlich für die Opfer der Kämpfe im Norden Syriens.

**Wir fordern in den Koalitionsverhandlungen die folgenden drei Vorhaben für eine glaubwürdige Politik für den Frieden zu vereinbaren:**

- 1. Rüstungsexporte in Kriegsgebiete stoppen und ein Rüstungsexportgesetz auf den Weg bringen**
- 2. Zivile Friedensförderung stärken**
- 3. Demokratie und Zivilgesellschaft in Deutschland fördern**

### 1. Rüstungsexporte in Kriegsgebiete stoppen und ein Rüstungsexportgesetz auf den Weg bringen

Deutschland trägt als einer der weltweit größten Exporteure für Kleinwaffen und andere Rüstungsgüter zu den Konflikten und Kriegen in der Welt bei. Der aktuelle Einmarsch der türkischen Armee in Syrien zeigt, dass die Folgen solcher Exporte nicht einmal bei Lieferungen an NATO-Partner zu kalkulieren sind. Auch der mögliche Einsatz der durch Deutschland an die Peschmerga gelieferten Waffen gegen türkische Soldaten zeigt auf, dass Waffenströme nicht steuerbar sind. Deshalb bedarf es einer Wende bei der deutschen Rüstungsexportpolitik.

*Laut Sondierungspapier will die nächste Bundesregierung „Rüstungsexporte weiter einschränken“ und „die Rüstungsexportrichtlinien aus dem Jahr 2000 schärfen“. Auch die Kleinwaffen-Grundsätze vom Mai 2015 sollen restriktiver werden. Darüber hinaus wird „eine gemeinsame europäische Rüstungsexportpolitik“ angestrebt. Des Weiteren will „die Bundesregierung (...) ab sofort keine Ausfuhren an Länder genehmigen, solange diese am Jemen-Krieg beteiligt sind.“ Das forumZFD begrüßt, dass Rüstungslieferungen an im Jemen-Krieg beteiligte Kriegsparteien unterbunden werden sollen. Richtig ist aber auch, dass solche Lieferungen schon jetzt den geltenden Rüstungsexportregeln widersprechen, wonach keine Exporte in Kriegsgebiete erfolgen dürfen.*

#### Unser Vorschlag für den Koalitionsvertrag:

**„Die nächste Bundesregierung erarbeitet ein neues Rüstungsexportgesetz, laut dem jede Exportgenehmigung politisch begründet werden muss. Rüstungsexporte in Länder, die nicht den**

**Waffenhandelsvertrag (Arms Trade Treaty) unterschrieben und ratifiziert haben, werden ausgeschlossen. Länder, in denen Menschenrechtsverletzungen begangen werden, werden keine deutschen Waffen erhalten. Neben Drittländern betrifft das zukünftig auch Staaten wie das NATO-Mitglied Türkei.**

Die wachsenden Rüstungsexporte sind Ausdruck eines neuen globalen Rüstungswettlaufs. Deshalb bedarf es eines deutlichen Signals zur nuklearen Abrüstung:

**„Die nächste Bundesregierung widersetzt sich der globalen nuklearen Aufrüstung und unterzeichnet daher den Atomwaffen-Verbotsvertrag. Auch setzt sich die nächste Bundesregierung für einen Abzug auf deutschem Boden stationierter Nuklearwaffen ein.“**

## **2. Zivile Friedensförderung stärken**

Die nächste Bundesregierung sollte die zivile Friedensförderung, insbesondere durch eigenständige zivilgesellschaftliche Organisationen wie im Zivilen Friedensdienst, stärken. Angesichts der großen Zahl von Krisen und gewaltsamen Konflikten sind der Ausbau der vorhandenen Instrumente und Programme sowie eine Weiterentwicklung der Strategien ziviler Krisenprävention und Friedensförderung dringender denn je.

Hierzu bedarf es eines Umsetzungsplans mit konkreten Zielmarken zur Umsetzung der Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“. Die Prävention von Konflikten und die Förderung von Frieden sind auch eine internationale Verpflichtung Deutschlands aus der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung.

*Im Sondierungspapier erfolgen die Ausführungen zur „zivilen Krisenprävention“ unter der Überschrift „Bundeswehr“ und sind somit sicherheitspolitischen Überlegungen klar untergeordnet. Die im Sondierungspapier versprochenen zwei Milliarden Mehrausgaben für „Verteidigung und ODA-Quote“ sollten zu 100% in zivile Friedensförderung und Entwicklungszusammenarbeit fließen. In den Sondierungen wurde vereinbart, die ODA-Quote zu erreichen. Dafür müssten mindestens zusätzliche 5,5 Milliarden Euro in die Entwicklungszusammenarbeit investiert werden.*

### **Unser Vorschlag für den Koalitionsvertrag:**

**„Die nächste Bundesregierung wird einen Umsetzungsplan mit konkreten Zielmarken für die Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ entwickeln und die notwendigen zusätzlichen personellen und finanziellen Mittel für zivile Friedensförderung bereitstellen.“**

### **Zivile Friedensförderung stärken – in der EU und den VN**

Auch die entsprechenden Programme und Institutionen der Europäischen Union, der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen müssen gefördert und ausgebaut werden. Insbesondere die großen globalen Herausforderungen wie Klimawandel, Welternährung, Kriege und Konflikte können nur von der internationalen Gemeinschaft gemeinsam gelöst werden. Zusätzliche Investitionen müssen in nachhaltige Entwicklung fließen und nicht in den Verteidigungsetat.

*Im Sondierungspapier finden sich keine Ausführungen zu den Vereinten Nationen oder der globalen Nachhaltigkeitsagenda. Das ist beschämend, zumal sich Deutschland um einen erneuten Sitz im UN-Sicherheitsrat bewerben möchte.*

*In Bezug auf die Europäische Union begrüßen wir, dass Union und SPD im Sondierungspapier einen „Vorrang des Politischen vor dem Militärischen“ sehen und eine Ausrichtung auf „Friedenssicherung, Entspannung und zivile Krisenprävention“ fordern.*

#### **Unser Vorschlag für den Koalitionsvertrag:**

**„Die nächste Bundesregierung versteht die globalen Nachhaltigkeitsziele als Leitlinie ihrer Politik. Sie wird ihre Nachhaltigkeitsstrategie in Bezug auf Ziel 16 verbessern und ambitionierte Ziele und Indikatoren zur Reduzierung von Rüstungsexporten, dem Ausbau ziviler Friedensförderung und Gewaltprävention im Inland aufnehmen.“**

**„Die nächste Bundesregierung wird die Vereinten Nationen stärken und sich für mehr Finanzmittel für UN-Friedensmissionen und Ziviles Peacekeeping zum Schutz von Zivilisten vor kriegerischer Gewalt und Menschenrechtsverletzungen einsetzen.“**

**„Die nächste Bundesregierung lehnt eine Umwidmung von EU-Entwicklungsgeldern für militärische Zwecke ab und stärkt die EU als Akteur der zivilen Friedensförderung.“**

### **3. Demokratie und Zivilgesellschaft in Deutschland fördern**

Das Anwachsen des politischen und religiösen Extremismus sowie die messbare Zunahme von Gewaltdelikten zeigen, dass Demokratie, Pluralismus und sozialer Frieden in Gefahr sind.

*Das forumZFD begrüßt die im Sondierungspapier aufgelisteten „Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie und der Zivilgesellschaft“, welche die kommende Bundesregierung etwa in Form von Programmen gegen politischen und religiösen Extremismus vorantreiben will. Ebenfalls begrüßt wird die angestrebte Stärkung der Zivilgesellschaft. Im Gegensatz zu den an anderer Stelle zugesagten 15.000 zusätzlichen Stellen in den Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern fehlen für diesen Bereich aber **konkrete Zusagen**, etwa in Form von zusätzlichen Stellen oder Geldmitteln. Hier muss ein Koalitionsvertrag konkreter werden und die Rolle gemeinnütziger Organisationen bei der politischen Willensbildung durch eine **Reform der Abgabenordnung** absichern.*

*Der Integration abträglich ist die den Menschenrechten zuwiderlaufende Einführung bundesweiter „Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen (AnkER)“ ebenso wie die in den Sondierungsgesprächen skizzierten regressiven Regeln beim Familiennachzug.*

#### **Unser Vorschlag für den Koalitionsvertrag:**

**Wir appellieren an Union und SPD, von der Begrenzung des Familiennachzugs und der Einrichtung von AnkER-Zentren Abstand zu nehmen. Sie dürfen nicht Teil eines Koalitionsvertrags werden.**

**Wir wünschen den Verhandlungsparteien viel Erfolg und den Mut, Vorhaben für eine glaubwürdige Friedenspolitik zu vereinbaren.**